

"Das tut weh, das sind wir nicht"

Ustascha-Treffen. Ein Totengedenken, das in Kärnten zur Faschistenfeier wurde: Wie Wien und Bleiburg dagegen vorgehen.

Noch ist es ruhig auf dem Loibacher Feld bei Bleiburg/Pliberk in Kärnten. Vor dem überdachten Altar liegen leere Dosen, beim Gedenkstein stehen ausgebrannte Kerzen. Doch es sind andere Bilder, die von hier jährlich rund um das Muttertagswochenende bekannt sind. Seit Jahren versammeln sich bei der umstrittenen Gedenkfeier für kroatische Ustascha-Kämpfer bis zu 30.000 Menschen. Das Totengedenken verwandelte sich zusehends zu einer "Faschistenparty". Teilnehmer zeigten den Hitler-Gruß, marschierten mit einschlägiger Uniform auf. Heftige Proteste begleiten das "Kroaten-Treffen", das als größte rechtsextreme Versammlung Österreichs gilt.

### **Ministerium evaluiert**

"Wir sind sehr unglücklich mit der Situation, weil dadurch Bleiburg immer wieder in ein schlechtes Licht gerückt wird. Da wir aber nicht die zuständige Behörde sind, können wir nichts dagegen machen", sagt Bürgermeister Stefan Vistoschnig. Im vergangenen Jahr fiel die Zusammenkunft coronabedingt aus, und auch heuer dürfte es keine bis wenige Teilnehmer - die überwiegend aus Kroatien anreisen - nach Kärnten ziehen. Doch das könnte nicht nur an der Pandemie liegen. Im Innenministerium in Wien wird laut Standard seit September vergangenen Jahres von einer eigenen Arbeitsgruppe ein Verbot des Treffens geprüft. Immer wieder hatte es in der Vergangenheit im Zusammenhang mit der Veranstaltung Anzeigen nach dem Verbotsgesetz gegeben. In der Arbeitsgruppe des Ministeriums sind neben dem Innenministerium, das Bundeskanzleramt, das Außenministerium, das Justizministerium und die Kärntner Landesregierung beteiligt, wie es auf KURIER-Anfrage heißt. Ob es wirklich zu einem Verbot des Treffens in Bleiburg kommt, darf aber angezweifelt werden. Wie vorsichtig das Ministerium beim Verbot von Veranstaltungen ist, hatten zuletzt die Corona-Demonstrationen bewiesen. Eine klare Position hatte 2019 hingegen die katholische Kirche Kärnten bezogen, die jedes Jahr die Erlaubnis für die Messe bei der Gedenkstätte erteilt - sie verweigerte dem Event ihren Segen.

### **Dialogtage**

In Bleiburg setzt man unterdessen auf Dialog. Am Freitag wurde das Konzept für die "Bleiburger Dialogtage" präsentiert, die zwar wegen Corona auf Herbst verschoben werden mussten, aber zumindest digital das Licht der Welt erblickten. Durch sie soll rund um das Thema Erinnerungskultur ein offener Austausch entstehen. Nicht bewerten, sondern miteinander reden, sei das Ziel. "Wir leben als Stadt Bleiburg etwas ganz anderes, als bei den Treffen am Loibacher Feld vorgelebt wird. Dieses friedvolle Miteinander wollen wir herausarbeiten", sagte Bürgermeister Vistoschnig. Und Arthur Ottowitz, Leiter des Werner Berg Museums, fügte hinzu: "Wir wollen nicht, dass Bleiburg in einem Atemzug mit dem größten Faschistentreffen Europas genannt wird. Das tut weh, das sind wir nicht." Man sei eine Kultur- und Sportstadt, aber keine Faschistenhochburg. Den Toten und Ahnen solle weitergedacht werden, aber gleichzeitig müsse Verantwortung von kroatischer Seite für die Ausschreitungen übernommen werden. "Nur wenn wir über Emotionen von beiden Seiten sprechen und diese auch anhören, werden diese Emotionen nicht weitervererbt", sagt Ottowitz. In wenigen Wochen wird sich zeigen, ob dieser Wunsch der Realität entspricht.

Kurier, Anja Kröll, 23.04.2021